FRIEDRICH NAUMANN STIFTUNG Für die Freiheit.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Jan-Werner Müller: Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit. Wie schafft man Demokratie?

Berlin: Suhrkamp, 2021, 271 S., ISBN: 978-3-518-42995-2

Schon in seinem Essay „Freiheit und Furcht" aus dem Jahr 2019 plädierte der in Princeton lehrende Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller für einen anderen Liberalismus: einen Liberalismus der Rechte, der – in Fortführung von Judith N. Shklars „Liberalismus der Furcht" – die Gleichbehandlung und damit die Freiheit von Furcht sicherstellt; einen Liberalismus, der Staat nicht von den wirtschaftlich und sozial gesicherten Eliten aus denkt, sondern auch die Teilhabe der anderen gewährleistet und auch deren Freiheit sichert. Ein solcher Liberalismus brauche zur Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit, zur Einlösung seines Fortschritts- und Toleranzversprechens für alle die Demokratie. So etwas wie „illiberale Demokratien" könne es nicht geben; es handelt sich dabei um autoritäre Schimären. Und genau an diesem Punkt – dem Spannungsverhältnis von Liberalismus und Demokratie – setzt auch seine aktuelle Studie an. Nicht nur der Liberalismus ist unter Druck geraten, sondern auch die Demokratie in die Krise. Die in Anbetracht des weltweiten Aufstiegs von Autokraten, Populisten und Nationalisten begründet scheinende Sorge um die Demokratie führt Müller zu der Frage, was Demokratie eigentlich ausmacht, was an ihr verteidigens- und schützenswert ist, und, natürlich, wie sie tatsächlich verteidigt und geschützt werden kann.

Jan-Werner Müller geht zur Beantwortung auf die von ihm identifizierten Grundprinzipien der Demokratie – Freiheit und Gleichheit – zurück, wie es schon der deutsche Titel des aus dem Englischen übertragenen *Democracy Rules* verrät. Und auch bei dieser „Route" *back to basics* (vgl. S. 9) spießt er vermeintlich liberale Glaubenssätze und Vorurteile auf. Das erste Erklärungsmuster der liberalen Eliten für den Rechtspopulismus, das er sich vornimmt, ist die Überzeugung, das Volk, die Bürgerinnen und Bürger, seien selbst schuld. Weil sie sich von Demagogen verführen und bereitwillig sagen lassen, was sie zu tun haben, aufgrund von Uninformiertheit und Ungebildetheit sowie dem tiefen psychologischen Bedürfnis, von einem Anführer abgenommen zu bekommen, für sich selbst entscheiden zu müssen. Die Lehre daraus sei, den „Erwachsenen", sprich den Eliten als *Gatekeeper* zu den Institutionen und Prozessen mehr Entscheidungsmacht zuzugestehen und das „einfache", zum Tribalismus neigende Volk zu seinem Besten von demokratischen Prozessen auszuschließen oder die „Massen" zumindest in ihrer Entscheidungsfindung zu lenken. Die diesen *everyday citizens* unterstellte Demokratiefeindlichkeit vermag Müller dagegen nicht zu erkennen, vielmehr seien Rechtspopulisten noch in keinem westlichen Land ohne die Hilfe etablierter konservativer Eliten an die Macht gekommen. Er widerspricht der These, dass die Menschen tief enttäuscht von den demokratischen Idealen wären und die Demokratie zugunsten des populären Autoritarismus ablehnen. Tatsächlich seien es mit Blick in die Geschichte nicht die irrationalen Massen gewesen, die sich jeweils entschieden hätten, die Demokratie abzuschaffen, sondern bestimmte Eliten.

Aber auch bei der aus dieser Feststellung folgenden Behauptung, die Reichen und Mächtigen seien schuld an der Krise der Demokratie, weil sie die Institutionen zu ihrem Nutzen korrumpieren, lässt Jan-Werner Müller es nicht bewenden. Er lehnt es ab, die bestehenden Probleme zu personalisieren und immer wieder einzelne Akteure an den Pranger zu stellen, denn schließlich geben ihnen die Institutionen unserer Demokratien die Macht, sie zu ihrem Vorteil zu nutzen. Es geht um die Strukturen, die Institutionen selber müssen überprüft und auf Schwachstellen abgeklopft werden. Müller richtet damit den Fokus weg von einzelnen Populisten, hin zu den systemimmanenten Bedingungen, die Demokratien vulnerabel und fortwährend ungewiss machen. Dabei geht es ihm aber nicht um eine Reduktion der Analyse auf politische Verfahren und Prozesse, sondern um die Besinnung auf die wesentlichen Prinzipien, „die die Regeln des demokratischen Spiels und dessen informelle Normen eigentlich erst beseelen und rechtfertigen" (S. 13).

Diese demokratischen Grundprinzipien sind Freiheit und Gleichheit. Mit Blick auf die Freiheit benennt Müller zuvorderst Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Diese demokratischen Freiheiten, so konstitutiv sie sind, drohen aber zugleich, die Gleichheit zu untergraben, da, wer über mehr materielle oder sprachlich-argumentative Mittel verfüge, größeren Einfluss auf kollektive Entscheidungen nehme. Gleichheit bedeute also auch Reibung zwischen den Menschen, die ihre Freiheit nutzen. Vereinigungen, vor allem Parteien, stärken das individuelle Recht, sich politisch zu artikulieren und Ansprüche zu stellen, doch sie sind auch die einzige Möglichkeit, Ungleichheiten zu korrigieren. Und so macht Jan-Werner Müller zwei zentrale demokratische Institutionen aus, die in die Krise geraten sind: politische Parteien und professionelle Medien. Nicht nur in Ungarn, Polen und den USA sind die Populisten auf demokratischem Wege, dank ihrer Parteien, an die Macht gekommen und haben es geschickt verstanden, auch die mediale Deutungshoheit an sich zu bringen, sei uns nun durch die Übernahme von Staatsmedien oder die sich selbst perpetuierende Verbreitung von Desinformation und *fake news*. Hier räumt Müller mit einem weiteren Vorurteil auf: Populisten und ihre Gefolgsleute sind mitnichten dumm, sondern lernen voneinander und nutzen klug die demokratischen Strukturen.

Daraus leitet der Autor zwei wesentliche Vorschläge – bezogen auf die USA – ab: eine Reform des US-amerikanischen Parteiensystems sowie der Wahlkampffinanzierung und verantwortungsbewusst agierende Medien, die bewusste Entscheidungen treffen, wenn es um die Darstellung von Strukturen und Konflikten geht. Diese intermediären Institutionen – Parteien und Medien – sollen sowohl externen als auch internen Pluralismus ermöglichen. Das meint, dass es ein breites Spektrum an politischen Parteien und professionellen Medien geben soll, die nicht nur im Wettbewerb, sondern auch in deutlicher inhaltlicher Opposition zueinanderstehen sollen, sodass es für die Bürgerinnen und Bürger substanziell voneinander abweichende Optionen gibt (vgl. S. 129-130). Interner Pluralismus dagegen bedeutet, dass es auch innerhalb der einzelnen intermediären Institutionen eine Vielfalt von Standpunkten geben sollte, also parteiinterne demokratische Verfahren und breite Debatten sowie Platz für unterschiedliche Positionen bei Fernsehsendern, Zeitungen und Internetplattformen. Jan-Werner Müller betont, dass diese Forderungen nicht in Widerspruch zu Vereinigungs- und Meinungsfreiheit stehen, sich Pluralismus und Parteilichkeit nicht ausschließen müssen. Sondern gerade der innerparteiliche Pluralismus, die demokratische Debatte, die es allen Mitgliedern ermöglicht, daran teilzunehmen, gewährleistet die zentralen Strukturprinzipien, die für eine funktionierende Parteiendemokratie und die von ihr getragenen Willensbildungsprozesse unerlässlich sind.

So erhellend Müllers Analyse und so deutlich sein Veto gegen den Ausschluss bestimmter Gruppen von demokratischen Prozessen ist, so wenig stringent ist teilweise seine Argumentation und so wenig neu sind seine Vorschläge. Sie sind im besten und bekannten Sinne sozialdemokratisch, wenn nicht sogar sozialistisch. So verwundert es auch nicht, dass er die Einführung von zufällig und repräsentativ gebildeten (Bürger-)Räten – bei ihm „Plattformräte" –, auch zur Kontrolle des Rundfunks und sozialer Netzwerke, vorschlägt. Ebenso fordert er die Deckelung von Parteispenden sowie die Offenlegung von Großspendern. Stattdessen schlägt er ein Gutscheinsystem zur Finanzierung der Parteien vor, an dem alle Bürgerinnen und Bürger mit Klein-

und Kleinstspenden, unabhängig von ihrem Einkommen, partizipieren können. Dass seine Vorschläge wenig Aussicht auf Umsetzung haben, ist dem Autor wohl selbst bewusst, die Hoffnung will er sich aber nicht nehmen lassen. Der liberalen Leserin und dem liberalen Leser bleibt vor allem die Mahnung, sich nicht über einkommensschwache und vermeintlich ungebildete Wählergruppen hinwegzusetzen, sie nicht verächtlich vom demokratischen Willensbildungsprozess auszuschließen. Denn wer die Demokratie verteidigen will, muss nicht nur Freiheit und Gleichheit gewährleisten, sondern auch die Ungewissheit – also die Möglichkeit, Wahlen zu verlieren, und die Chance, dass die Verlierer von heute die Gewinner von morgen sein können, dass auch die Verlierer die Gewissheit haben, sich weiterhin am demokratischen Diskurs beteiligen und gleichermaßen Strukturen und Prozesse mitgestalten und umformen können.

Dresden Jana Licht

ARCHIV DES LIBERALISMUS
Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.
in Kooperation mit
recensio.net